

MdB Andreas Jung (CDU) zu „Energiepolitik in Schwachwindgebieten“

(Kandidatenbefragung Forum Hegau Bodensee zur Bundestagswahl 2025)

Forum Prolog 1:

Das Umweltministerium Baden-Württemberg dokumentierte: „aufgrund vergleichsweise niedriger Windgeschwindigkeiten, nur eingeschränktes Potential für den Ausbau der Windkraft im Kreis Konstanz. Ungeachtet dessen können einzelne Standorte die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Betrieb erfüllen.“

(Umweltminister Untersteller (Grüne) Parlamentarische Anfrage, hier zum Originaldokument: <https://forum-hegau-bodensee.de/ministerium-bw-geringes-potenzial-windkraft-kreis-konstanz>).

Wenn eine Sache amtlich festgestellt aus physikalischen Gründen kein angemessenes Potential bietet, ist eine wirtschaftliche oder versorgungstechnische Begründung in einer sorgfältigen Werteabwägung nicht gegeben. Insbesondere nicht, wenn die Region dadurch erhebliche Schäden und Beeinträchtigungen erleiden soll.

Frage 1:

Werden Sie den ausschließlich durch höhere Subventionen getriebenen Bau, von Windrädern mit vergleichsweise niedrigem Potential, im Hegau und am Bodensee befürworten; oder diese marktverzerrenden Anreize abschaffen?

Andreas Jung, MdB (CDU):

Ich teile die Auffassung des baden-württembergischen Umweltministeriums: „Durch vergleichsweise niedrige Windgeschwindigkeiten in großen Teilen des Landkreises besteht nur ein eingeschränktes Potenzial für den Ausbau der Windkraft im Landkreis Konstanz. Ungeachtet dessen können einzelne Standorte die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Betrieb erfüllen.“ (S.6 des oben verlinkten Dokuments)

Zur Frage der Standorte gilt:

Der Bund setzt den Rahmen, entscheidet aber nicht, wo vor Ort Windräder kommen können. Die Rahmensetzung der Ampelkoalition mit dem „Wind an Land-Gesetz“ ist allerdings falsch. Ich habe mit meiner Fraktion gegen dieses Gesetz gestimmt. Denn damit werden starre Flächenziele zentral normiert, die nun über die Länder und die Regionalplanung umgesetzt werden müssen.

Wir hatten von Robert Habeck gefordert, eine breite Verständigung mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden über den richtigen Weg anzustreben. Stattdessen hat er seinen Ansatz ohne einen breiteren Konsens zu suchen mit der Ampelmehrheit durchgesetzt. Wir hatten eine solche Einbeziehung gefordert, da die Umsetzung ja vor Ort erfolgen muss. Aus demselben Grund habe ich auch Respekt vor den Entscheidungen kommunaler Vertretungen.

Wir stellen dem Ansatz der Ampel unser Konzept entgegen:

Statt einem Flächenziel für Windkraft ein Ökostrom-Ziel - auch erfüllbar durch Sonne, Bioenergie oder Wasserkraft.

Denn jede Region ist anders und hat unterschiedliche Potenziale.

Die gesetzlichen Vorgaben für die Regionalplanung müssen so geändert werden, dass es eine neue Offenheit gibt: Wir setzen Ziele für klimafreundliche Energieerzeugung, geben aber nicht bestimmte Technologien vor.

Forum Prolog 2:

Der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms soll nach EEG 2021 bis zum Jahr 2030 auf 65 % steigen (§ 1 Abs. 2 EEG 2021). Diese Anforderung wurde in unserer Region (Hochrhein Bodensee - ursprüngliche Netzregion Badenwerk) durch die Versorgung mit grundlastfähigem Strom aus der Wasserkraft des Rheins (Schweizer Quote) schon immer überschritten und wurde in den letzten Jahren mit massivem Ausbau von Solar und Biogas sogar erheblich gesteigert, das heißt die geforderte Quote ist mehr als erfüllt.

Frage 2:

Werden Sie der künftigen Bundesregierung eine Gesetzesänderung vorschlagen, welche die Unterschiedlichkeit der Regionen in Bezug auf ihre Quotenerfüllung und physikalischen Potenziale berücksichtigt und so z.B. die Region Hegau-Bodensee von Windradpflicht befreit?

Andreas Jung, MdB (CDU):

Jede Region ist anders und in jeder Region gibt es unterschiedliche Potenziale für erneuerbare Energien. Im Norden gibt es mehr Wind, bei uns im Süden mehr Sonne. Darauf müssen die Vorgaben ausgerichtet werden.

Deshalb müssen die gesetzlichen Vorgaben der Regionalplanung so geändert werden, dass es ein Ziel für erneuerbare Stromerzeugung statt Vorgaben für bestimmte Technologien gibt. Entscheidend ist der Beitrag einer Region zur regenerativen Energieerzeugung, nicht die Frage welche Technologie in welchem Umfang dabei zum Einsatz kommt.

Forum Prolog 3:

Da die Windhöffigkeit in unserer Region sehr schwach ist und nur geringe Erträge liefert, gibt es zu den normalen Subventionen nach EEG 2023 (§36h) eine Sondervergütung von ca. 50-60 % für schlechte Windstromerträge.

In Baden-Württemberg kostet der Windstrom demzufolge bis zu 11,31€ct/KWh.

Eine 6 MW-Anlage wird so über 20 Jahre mit etwa 12 Millionen Euro subventioniert.

Frage 3:

Werden Sie im Bundestag beantragen, diese wirtschaftlich widersinnige Schwachwindsubvention der bisherigen Bundesregierung ersatzlos zu streichen?

Andreas Jung, MdB (CDU):

Die Ampelkoalition hat die Korrekturfaktoren, mit denen die Vergütung je nach Windhöffigkeit nach oben oder nach unten korrigiert wird, für besonders windschwache Standorte bundesweit gesetzlich erhöht und ausgeweitet.

Wir haben dieses Gesetz abgelehnt und werden diese Regelung wieder rückgängig machen. Die Energiewende muss konsequent auf Kosteneffizienz ausgerichtet werden. Das gilt auch für die Weiterentwicklung der Förderung erneuerbarer Energien. Die EEG-Vergütung muss dabei Schritt für Schritt marktgerechter ausgestaltet werden.

Forum Prolog 4:

Der Landkreis Konstanz und sein Steuereinkommen profitieren zu einem wichtigen Teil vom Tourismus. Wenngleich von Ideologen bestritten, ist es logisch und auch faktisch belegt, dass massive, industrielle Überbauungen des Landschaftsbildes den touristischen Wert einer Region beeinträchtigen.

Frage 4:

Stellen Sie sich hinter Tourismus und regionale Wirtschaft - oder sehen Sie den weiteren Ausbau von Windrädern als wichtiger an?

Andreas Jung, MdB (CDU):

Wir leben in einer einzigartigen Naturlandschaft.

Wir sind eine starke Wirtschaftsregion.

Der Tourismus spielt bei uns eine wichtige Rolle.

Wir wollen regionale Energieerzeugung stärken und eine starke Landwirtschaft erhalten.

All das gilt es zusammen zu bringen. Wie oben beschrieben stehen wir für Offenheit bei der Form erneuerbarer Energieerzeugung und die Windkraft steht nicht über diesen Zielen.

Das bedeutet:

In allen Verfahren müssen die Belange von Anwohnern und regionaler Wirtschaft frühzeitig berücksichtigt werden - genauso wie die Belange der Natur und der Arten.

Schon die Regionalplanung muss, anders als bislang erfolgt, alle relevanten Belange berücksichtigen - auch die des Natur- und Artenschutzes.

Wo ein entsprechender Schutzvorrang ist, muss schon in der Regionalplanung Klarheit geschaffen werden, dass dort dann keine Windkraft kommen kann.

Das darf nicht erst einer Prüfung im weiteren Verfahren überlassen bleiben.

Zudem sind nach einer von uns initiierten ersten Korrektur im Januar weitere Änderungen an den gesetzlichen Vorgaben notwendig, um einen Wildwuchs durch ungesteuerten Ausbau außerhalb von Vorranggebieten zu verhindern.

Forum Prolog 5:

Die Landwirte in der Region beklagen Pachtpreise für Ackerflächen, bei denen sich der Anbau von Futter und Lebensmittel nicht mehr rentiert, weil die Subventionen für Strom aus Biogas und Photovoltaik die Pachtpreise unbezahlbar gemacht haben. Teil der Konsequenzen sind zunehmender Import von Futter- und Lebensmitteln aus Osteuropa und Südamerika.

Frage 5:

Werden Sie einen weiteren Ausbau von Biogas und Freiland-PV befürworten - oder angepasst reglementieren und wenn ja, wie?

Andreas Jung, MdB (CDU):

Bioenergie kann einen wichtigen Beitrag für sichere und klimafreundliche Energie leisten.

Das gilt für den Betrieb von Wärmenetzen und es gilt für Flexibilität in der Stromversorgung.

Wir wollen dabei die Potenziale von Abfall- und Reststoffen wie Gülle, Bioabfällen und landwirtschaftlichen Nebenprodukten stärker nutzen, ohne dass mehr Energiepflanzen angebaut werden müssen.

Bei der Photovoltaik muss ein Vorrang von Doppelnutzungen durchgesetzt werden. So gilt es

Ackerflächen für den Anbau regionaler Lebensmittel zu bewahren. Hürden, die Photovoltaik-Dachanlagen entgegenstehen, müssen beseitigt werden. Öffentliche Gebäude müssen eine Vorreiterrolle übernehmen.

Die Voraussetzungen zur Überdachung von Parkplätzen müssen verbessert werden. Bürokratische Hürden für die Nutzung von Agri-PV müssen abgebaut werden, damit auf mehr Flächen gleichzeitig Lebensmittel und Sonne geerntet werden kann - so wie das bei dem Bürgerprojekt in Beuren an der Aach umgesetzt wird. Ein Projekt, bei dem in Dingelsdorf Photovoltaik über den Obstplantagen installiert werden soll, scheitert an den gesetzlichen Vorgaben. Sie müssen geändert werden, um solche flächenschonenden Projekte zu ermöglichen.

Die von der Ampel beschlossenen Beschränkungen von schwimmender Photovoltaik auf Baggerseen müssen zurück genommen werden. Dafür habe ich mich vehement eingesetzt, es ist aber an den Grünen in Berlin gescheitert - obwohl sich auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei Robert Habeck und bei Umweltministerin Steffi Lemke für eine Ermöglichung eingesetzt hatte - leider vergeblich. In unserer Region könnten erhebliche Wasserflächen auf dem Baggersee des Kieswerks Radolfzell genutzt werden - ohne dass es zu Beeinträchtigungen von Fischen oder bestehender Gewässerökologie kommt. Mindestens die Hälfte dieser Wasserfläche könnte für schwimmende Photovoltaik genutzt werden - und damit andere Flächen schonen. So bewertet das auch das Landesamt für Umweltschutz Baden-Württemberg.

Bei der Freiflächen-Photovoltaik sollen bevorzugt bereits versiegelte Flächen genutzt werden.

Forum Prolog 6:

Für den ungehinderten Ausbau von Windkraft wurden fast alle Artenschutz-Bestimmungen außer Kraft gesetzt.

Frage 6:

Werden Sie dies so belassen, oder dafür sorgen, dass durch Rücknahme dieser Bestimmungen der Natur wieder angemessener Schutz zukommt?

Andreas Jung, MdB (CDU):

Unsere Natur muss angemessen geschützt werden. Auch angesichts der anderen Herausforderungen bleibt Naturschutz ein wichtiger Wert.

In unserer Region haben wir durch unsere einzigartige Naturlandschaft dafür eine besondere Sensibilität. Bei den Wäldern muss es einen besonderen Schutz geben für alte und naturschutzfachlich wertvolle Wälder, um irreversible Schäden am Ökosystem Wald abzuwenden. Wir setzen uns beim Ausbau der erneuerbaren Energien wie beim Ausbau der gesamten Infrastruktur dafür ein, dass diese im Einklang mit dem Ziel des Natur- und Artenschutzes erfolgen.

Bei den Änderungen der Ampelkoalition in diesem Bereich haben wir kritisiert, dass sowohl die Auflistung der kollisionsgefährdeten Brutvogelarten, die Absenkung der Abstände von Windkraftanlagen zu deren Brutvorkommen sowie die Wirksamkeit von Antikollisionssystemen auf diese Arten nicht ausreichend begründet wurden. Das muss korrigiert werden.

Forum Prolog 7:

Mit dem Scheitern der Ampel-Regierung ist auch die bisherige Energiewende mit unbezahlbaren Strompreisen, Wirtschaftsabbau und Arbeitsplatzverlusten fraglos gescheitert. Die Deindustrialisierung und der Verlust von Wirtschaftskraft sind hinlänglich bewiesen, die Strompreise haben sich vervielfacht. In über 20 Jahren sind rund 500 Milliarden Euro ohne eine Verbesserung der CO₂-Bilanz verpufft.

Frage 7:

Welche Maßnahmen und Technologien planen Sie kurz-, mittel- und langfristig in Bezug auf die bundesweite Energie- und Umweltpolitik?

Andreas Jung, MdB (CDU):

Wir müssen Klimaschutz, wirtschaftliche Stärke und soziale Akzeptanz zusammenbringen. In der Energiepolitik müssen wir Versorgungssicherheit, Umweltfreundlichkeit und Bezahlbarkeit zusammen bringen. Wir müssen Nachhaltigkeit stärker als integrativen Teil von Politik verstehen.

Gerade wir in unserer Region wissen, wie wichtig Umwelt und Natur für unser Leben und Wirtschaften sind. Das gilt es in Einklang zu bringen.

Bei der Energiewende kann es kein „Weiter so“ geben. Die Weichen müssen grundlegend neu gestellt werden, um sie zum Erfolg zu machen. Kosteneffizienz muss dabei konsequent in den Mittelpunkt gestellt werden.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss systemdienlicher erfolgen und konsequent an den Kosten orientiert gesteuert werden. Entlang dieser Linie wollen die jeweiligen Potenziale aller erneuerbaren Energien nutzen, von Sonne und Wind - aber auch von Bioenergie, Geothermie und Wasserkraft. Aber auch dann werden wir unserem Energiebedarf nicht vollständig aus erneuerbaren Energien decken können. Für sichere, saubere und bezahlbare Energie brauchen wir weitere Säulen: Der Wasserstoff-Hochlauf muss mit neuem Pragmatismus umgesetzt werden. Das Ziel bleibt grüner Wasserstoff. Aber die Verengung der Ampel darauf ist falsch. Wir müssen für den Wasserstoff-Hochlauf mit Offenheit die Potenziale mobilisieren und dabei etwa auch blauen Wasserstoff aus Gas mit CO₂-Abscheidung nutzen. Wir müssen uns öffnen für die Technologien der CO₂-Abscheidung. Nur so können wir bestimmte Industrien hier halten. Das ist aber für die Akzeptanz des Wegs zur Klimaneutralität unbedingt erforderlich.

Als verlässlicher Partner erneuerbarer Energien müssen pragmatisch neue Gaskraftwerke auf den Weg gebracht werden, die dann später klimafreundlich umgestellt werden - neben größeren Gaskraftwerken auch dezentrale, modulare Gaskraftwerke.

Neben den Weichen, die mit den heute verfügbaren Technologien konkret gestellt werden können und müssen, setzen wir auf eine technologieoffene Energieforschung. Konkret und umfassend beschreiben wir unsere Positionierung in dem Papier "Die neue Energie-Agenda" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie in unserem Regierungsprogramm von CDU und CSU.

https://www.cducusu.de/sites/default/files/2024-1/241104_Diskussionspapier_Energie_0.pdf und <https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/docs/politikwechsel-fuerdeutschland-wahlprogramm-von-cdu-csu-1.pdf>